

„WIR BRAUCHEN MEHR MARKTLICHE STEUERUNG IM ENERGIESYSTEM“

Im Interview mit energie + MITTELSTAND analysiert Prof. Dr. Clemens Fuest die Ursachen der wirtschaftlichen Stagnation und zeigt Wege zu neuem Wachstum auf.

Herr Professor Fuest, Ihr Befund ist, dass Deutschland bei der Wirtschaftsentwicklung und Innovationskraft international zunehmend hinterherhinkt. Die deutsche Wirtschaft stagniert seit rund sieben Jahren. Das heißt, es stimmt strukturell vieles nicht mehr. Was hat uns in die Misere gebracht?

Es ist eine Mischung aus verschlechterten internationalen Rahmenbedingungen und internen Fehlentwicklungen. International belasten der zunehmende Protektionismus und die geopolitischen Spannungen die deutsche Wirtschaft mehr als andere, weil unsere Wirtschaft besonders stark außenhandelsorientiert ist. Hinzu kommt, dass der Wegfall der russischen Gasexporte nach Deutschland das Energieangebot verknappt hat.

Zu den internen Fehlentwicklungen gehören mangelnde Innovationen, eine planwirtschaftlich und dadurch sehr teuer und ineffizient organisierte Energiewende. Das Abschalten der Kernkraftwerke hat die Energieknappheit weiter verschärft. Die Politik hat sich jahrelang auf den Ausbau des Sozialstaats konzentriert und Wachstumspolitik einschließlich öffentlicher Investitionen vernachlässigt.

PROF. DR. CLEMENS FUEST

ifo-Präsident und renommierter ordoliberaler Ökonom

Clemens Fuest, geboren am 23. August 1968 in Münster, ist ein deutscher Ökonom und seit April 2016 Präsident des ifo Instituts – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München. Zugleich ist er Professor für Volkswirtschaftslehre an der Ludwig-Maximilians-Universität München und Direktor des Center for Economic Studies (CES) sowie Geschäftsführer bzw. Präsident der CESifo GmbH.

Fuest gilt als einer der einflussreichsten Ökonomen Deutschlands und wird regelmäßig in wirtschaftspolitischen Debatten zitiert und um Rat gefragt. Seine Forschungsschwerpunkte liegen in der internationalen Steuerpolitik, der Finanzwissenschaft, der Arbeitsmarktökonomik und der europäischen Integration. Er ist zudem Mitglied zahlreicher wissenschaftlicher Gremien.

„Die Politik hat sich jahrelang auf den Ausbau des Sozialstaats konzentriert und Wachstumspolitik einschließlich öffentlicher Investitionen vernachlässigt.“





„Die Forderung nach Marktkonformität wirtschafts-
politischer Eingriffe oder die fundamentale Bedeutung
von Privateigentum – die Orientierung an
diesen Prinzipien sollten wir nicht aufgeben.“

Die Staatsquote wird nach Ihren Berechnungen im Jahr 2027 auf mehr als 50 Prozent steigen. Gleichzeitig sinken die privaten Investitionen. Warum halten Sie das für alarmierend?

Mit einer wachsenden Staatsausgabenquote müssen über kurz oder lang Steuern und Abgaben immer weiter erhöht werden. Das nimmt den Bürgern ihre Freiheit und verringert Anreize zu arbeiten, zu investieren und für Innovationen Risiken einzugehen.

Die Bundesregierung hat vor der Sommerpause ein Reformpaket auf den Tisch gelegt, unter anderem eine Renten- und Gesundheitsreform, aber auch ein neues Gesetz zur Gebäude-modernisierung. Werden die heißen Eisen jetzt angepackt, oder ist es noch zu zaghaft?

Das Reformpaket ist bei aller Kritik an Details ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Es ist aber nur ein Anfang. Weitere Schritte müssen folgen, und die Maßnahmen müssen vor allem ergänzt werden um Schritte zur Begrenzung der Staatsausgaben.

Die Krise hat auch den Mittelstand erfasst, das Rückgrat der deutschen Wirtschaft. Die Klage der mittelständischen Wirtschaft ist durchgehend, dass die Arbeits- und Energiekosten zu hoch sind und sie durch zu viel Bürokratie gegängelt wird. Was kann dem Mittelstand helfen?

An erster Stelle steht sicherlich der Abbau überflüssiger Bürokratie. Eine funktionierende und mitunter auch hart eingreifende staatliche Bürokratie ist Teil jeder modernen Wirtschaft, aber in Deutschland haben überflüssige und entbehrliche bürokratische Verfahren und Regulierungen überhandgenommen. Eine Studie des ifo Instituts zeigt, dass Bürokratieabbau, wie er in anderen Ländern stattgefunden hat, die Wirtschaftsleistung um 146 Milliarden Euro steigern könnte. Diesen Wachstumsschub könnte Deutschland gut gebrauchen.

Inwiefern könnte eine diskutierte Reform der Erbschaftssteuer oder eine Wiederanwendung der Vermögenssteuer zu neuen Belastungen für den Mittelstand führen?

Bei der Erbschaftsteuer werden die aktuellen Verschonungen beim Betriebsvermögen zu Recht kritisiert. Sie sorgen für eine Ungleichbehandlung von Erben, die gegen Gerechtigkeitsprinzipien verstößt. Sie gehen außerdem mit Auflagen für die betroffenen Unternehmen einher, die wirtschaftlichen Schaden anrichten. Wer Verschonungen in Anspruch nimmt, darf das Unternehmen beispielsweise nicht verkaufen. Dabei kann ein Eigentümerwechsel gerade nach einem Erbfall sehr sinnvoll sein. Das wird durch Verschonungsauflagen verhindert. Die Lösung besteht jedoch nicht in der bloßen Abschaffung der Verschonungsregel, denn das würde Unternehmen sehr stark belasten und Deutschland als Investitionsstandort unattraktiver machen. Richtig wäre es, die Verschonungen abzuschaffen, gleichzeitig die Steuersätze deutlich zu senken und großzügige Stundungsregeln einzuführen. Eine Nettovermögenssteuer würde in Kombination mit der Einkommenssteuer extrem hohe effektive Steuerbelastungen mit sich bringen – eine Abwanderung von Investoren wäre die Folge. Der wirtschaftliche Niedergang Deutschlands würde sich beschleunigen.

Sie haben einmal das Energieeffizienzgesetz mit dem Begriff Wachstumskiller in Verbindung gebracht. Ihre Kritik ist, dass das Gesetz nicht die Effizienz regelt, sondern den Verbrauch

deckelt. Nun soll es nach dem Willen der Regierung auf EU-Standards zurückgestutzt werden. Reicht das aus Ihrer Sicht?

Das ist ein richtiger Schritt, aber er reicht nicht. Die Deckelung des Energieverbrauchs bleibt ja erhalten. Deutschland muss nach diesem Gesetz seinen gesamten Endenergieverbrauch bis 2030 auf 1867 Terrawattstunden (TWh) senken. Wenn die Energieeffizienz nicht schneller steigt als bisher, würde das einen Rückgang des Bruttoinlandsprodukts um rund 8 Prozent erfordern. Das kann nicht gewollt sein.

Wir haben im Vergleich mit den meisten Industriestaaten die höchsten Strompreise. Als Folge verlagern energieintensive Unternehmen ihre Produktion zunehmend ins Ausland. Wie kommen wir von den hohen Strompreisen runter?

In den letzten Jahren sind bereits Maßnahmen ergriffen worden, um die Belastung der Industrie mit Steuern und Abgaben auf Strom zu senken. Vor allem die Netzentgelte sind in Deutschland hoch, weil der Netzausbau bislang sehr ineffizient vorangetrieben wurde. Wirtschaftsministerin Katherina Reiche hat jetzt Reformen eingeleitet, die diese Fehlentwicklung korrigieren werden. Wir brauchen insgesamt mehr marktliche Steuerung im Energiesystem und mehr grenzüberschreitende Vernetzung in Europa.

Der Haushalt der Bundesregierung sieht für 2027 eine Neuverschuldung von 200 Milliarden Euro vor, bis 2030 wird die Schuldenlast jährlich noch steigen. Sie sprechen sich gegen höhere Schulden aus, wenn sie nicht zu Investitionen führen. Wo und warum sollte dringend gespart werden?

Das zu entscheiden ist Aufgabe der Politik, nicht der Wissenschaft. Im ersten Schritt muss bestimmt werden, welche Ausgaben Priorität habe, beispielsweise Verteidigung und Infrastrukturinvestitionen. Für die anderen Ausgaben muss ein Rahmen vorgegeben werden, innerhalb dessen die Politik gestalten kann. Man könnte beispielsweise vorgeben, dass die Staatsausgabenquote bis 2030 49 Prozent nicht übersteigen darf. Davon zieht man die prioritären Ausgaben ab, dann hat man den Rahmen, innerhalb dessen die Politik gestalten kann.

Sie fordern, ganz im Sinne Ludwig Erhards, dem Mitbegründer des ifo Instituts, eine Rückbesinnung auf die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft. Wie kann uns das aus der Krise führen?

Rückbesinnung allein wird uns nicht retten, weil wir es mit neuen Herausforderungen zu tun haben. Das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft bietet aber wertvolle Hinweise und Methoden, um diesen Herausforderungen erfolgreich zu begegnen. Dazu gehören beispielsweise die Forderung nach Marktkonformität wirtschaftspolitischer Eingriffe oder die fundamentale Bedeutung von Privateigentum. Die Orientierung an diesen Prinzipien sollten wir nicht aufgeben.

Gibt es Entwicklungen, die Ihnen für den Wirtschaftsstandort Deutschland Hoffnung machen?

Eine aktuelle Studie des ifo Instituts zeigt, dass Teile der deutschen Industrie zwar erhebliche Probleme haben, drei Viertel der industriellen Wertschöpfung aber immer noch in Branchen mit mehr wachsenden als schrumpfenden Produkten stattfindet. Das zeigt, dass Deutschland immer noch einen industriellen Kern hat, der funktioniert.